

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2002

Ausgegeben am 14. Juni 2002

Teil III

130. Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Jugoslawien über soziale Sicherheit

130.

VEREINBARUNG

ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Auf Grund des Artikels 26 Absatz 1 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Jugoslawien über soziale Sicherheit *) vom 5. Juni 1998 – im Folgenden als Abkommen bezeichnet – haben die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zur Durchführung des Abkommens Folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Verbindungsstellen

Verbindungsstellen nach Artikel 27 des Abkommens sind

in der Republik Österreich

- für die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung:
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger,
- für das Arbeitslosengeld:
die Landesgeschäftsstelle Steiermark des Arbeitsmarktservice;

in der Bundesrepublik Jugoslawien

- für die Krankenversicherung, den Gesundheitsschutz und die Mutterschaft sowie die Pensions- und Invalidenversicherung:
Bundesanstalt für Sozialversicherung,
- für das Arbeitslosengeld:
Bundesanstalt für Arbeitsmarkt und Migration.

Artikel 2

Aufgaben der Verbindungsstellen

(1) Den Verbindungsstellen obliegen die im Abkommen und in dieser Vereinbarung festgelegten Aufgaben. Bei Durchführung des Abkommens und dieser Vereinbarung haben die Verbindungsstellen einander zu unterstützen und sie können miteinander sowie mit den beteiligten Personen oder deren Beauftragten in Verbindung treten.

(2) Die Verbindungsstellen haben die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlichen Formblätter festzulegen.

*) Kundgemacht in BGBl. III Nr. 100/2002

ABSCHNITT II

ANWENDUNG DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 3

Anwendung der Artikel 7 und 8 des Abkommens

(1) In den Fällen der Artikel 7 und 8 des Abkommens hat der Träger des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, über Antrag eine Bescheinigung darüber auszustellen, dass für den Dienstnehmer hinsichtlich der betreffenden Beschäftigung diese Rechtsvorschriften gelten.

(2) Die Bescheinigungen nach Absatz 1 sind auszustellen

in der Republik Österreich

vom zuständigen Träger der Krankenversicherung;

in der Bundesrepublik Jugoslawien

von der zuständigen Außenstelle der Republikorganisation für Krankenversicherung.

(3) Die Bescheinigung nach Absatz 1 kann auch nachträglich ausgestellt werden.

ABSCHNITT III

ANWENDUNG DER BESONDEREN BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankheit und Mutterschaft

Artikel 4

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Für die Anwendung des Artikels 10 des Abkommens durch einen Träger eines Vertragsstaates hat die betreffende Person eine Bescheinigung über die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates in Betracht kommenden Versicherungszeiten vorzulegen.

(2) Die Bescheinigung nach Absatz 1 ist auf Ersuchen der betreffenden Person auszustellen

in der Republik Österreich

vom Träger der Krankenversicherung;

in der Bundesrepublik Jugoslawien

von der Republikorganisation für Krankenversicherung.

(3) Legt die betreffende Person die Bescheinigung nicht vor, so kann der zuständige Träger den in Absatz 2 bezeichneten Träger des anderen Vertragsstaates um Ausstellung und Übersendung der Bescheinigung ersuchen.

Artikel 5

Gewährung von Sachleistungen

(1) Für die Anwendung des Artikels 11 des Abkommens hat die betreffende Person dem nach Artikel 14 des Abkommens in Betracht kommenden Träger zum Nachweis des Anspruches eine Bescheinigung des zuständigen Trägers vorzulegen. Legt die betreffende Person die Bescheinigung nicht vor, so hat der zuständige Träger über Ersuchen des aushelfenden Trägers in den Fällen des Artikels 11 Absatz 1 Buchstaben a und b des Abkommens nachträglich eine solche Bescheinigung auszustellen.

(2) Der nach Artikel 14 des Abkommens in Betracht kommende Träger hat die Krankenkontrolle durchzuführen, als handle es sich um einen eigenen Versicherten. Der zuständige Träger ist vom Ergebnis der Kontrolle und insbesondere von der Aufnahme in ein Krankenhaus, der voraussichtlichen Dauer des Aufenthaltes und dem Tag der Entlassung mit dem dafür vorgesehenen Formblatt zu unterrichten.

(3) Leistungen im Sinne des Artikels 11 Absatz 2 des Abkommens sind, soweit sie nach den Rechtsvorschriften des nach Artikel 14 des Abkommens in Betracht kommenden Trägers vorgesehen sind:

1. Körperersatzstücke, orthopädische Apparate und Stützapparate einschließlich gewebebespannter orthopädischer Korsette nebst Ergänzungsteilen, Zubehör und Werkzeugen;
 2. orthopädische Maßschuhe, gegebenenfalls mit dem dazugehörigen nicht orthopädischen Schuh;
 3. Kiefer- und Gesichtsplastiken, Perücken;
 4. Modellabdrucke (Nachbildungen der verschiedenen Körperteile), die benutzt werden, um die unter den Ziffern 1 bis 3 genannten Gegenstände richtig anzupassen;
 5. Kunstaugen, Kontaktschalen, Vergrößerungsbrillen und Fernrohrbrillen;
 6. Hörgeräte;
 7. Zahnersatz (festsitzender und herausnehmbarer) und Verschlussprothesen der Mundhöhle;
 8. Krankenfahrzeuge, Rollstühle sowie andere mechanische Fortbewegungsmittel;
 9. Erneuerung der unter den Ziffern 1 bis 8 genannten Gegenstände;
 10. Blindenführhunde;
 11. ärztliche Behandlung und Kuren in Genesungs- und Erholungsheimen oder Heilanstalten;
 12. Maßnahmen der medizinischen und beruflichen Wiedereingliederung;
 13. alle übrigen Heilbehelfe, Hilfsmittel und Ähnliches, deren Anschaffungskosten 250 Euro oder den Gegenwert in der nationalen Währung übersteigen.
- (4) Sind Leistungen nach Absatz 3 wegen unbedingter Dringlichkeit gewährt worden, so hat der in Artikel 14 des Abkommens bezeichnete Träger dies unverzüglich dem zuständigen Träger mitzuteilen.

Artikel 6

Erstattung bei Nichteinhaltung des vorgesehenen Verfahrens

(1) Die entstandenen Aufwendungen sind auf Antrag der betreffenden Person vom zuständigen Träger nach den für den in Artikel 14 des Abkommens bezeichneten Träger maßgebenden Sätzen zu erstatten, sofern die vorgesehenen Verfahrensregelungen für die Anwendung des Artikels 11 des Abkommens nicht eingehalten werden konnten.

(2) Der in Artikel 14 des Abkommens bezeichnete Träger hat dem zuständigen Träger auf dessen Verlangen die erforderlichen Auskünfte mit dem dafür vorgesehenen Formblatt zu erteilen.

Artikel 7

Gewährung von Geldleistungen

Die zuständigen Träger haben die Geldleistungen direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen.

Artikel 8

Gewährung von Sachleistungen an Pensionisten

Für die Anwendung des Artikels 13 Absatz 2 des Abkommens ist dem nach Artikel 14 des Abkommens in Betracht kommenden Träger eine Bescheinigung des zuständigen Trägers vorzulegen.

Kapitel 2

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 9

Gewährung von Sachleistungen

In den Fällen des Artikels 16 Absatz 1 des Abkommens sind die Artikel 5 und 6 entsprechend anzuwenden.

Artikel 10

Gewährung von Geldleistungen

Die zuständigen Träger haben die Geldleistungen direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen.

Artikel 11

Statistiken

Die Verbindungsstellen haben jährlich Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat nach Artikel 11 gezahlten Renten auszutauschen, die die zuständigen Träger der für sie in Betracht kommenden Verbindungsstelle zu übermitteln haben.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Artikel 12

Bearbeitung der Leistungsanträge

(1) Die zuständigen Träger haben einander unverzüglich über einen Leistungsantrag, auf den Abschnitt III Kapitel 3 in Verbindung mit Artikel 29 Absatz 2 des Abkommens anzuwenden ist, zu unterrichten.

(2) Die zuständigen Träger haben in der Folge einander auch die sonstigen für eine Leistungsfeststellung erheblichen Tatsachen, gegebenenfalls unter Beifügung ärztlicher Gutachten, mitzuteilen.

(3) Die Bestätigung der in den Formblättern eingetragenen Personalangaben ersetzt die Übermittlung von Originaldokumenten.

(4) Die zuständigen Träger haben einander über die Entscheidungen im Feststellungsverfahren zu unterrichten.

Artikel 13

Zahlung von Pensionen

Die zuständigen Träger haben Pensionen und andere Geldleistungen direkt an die Anspruchsberechtigten zu zahlen.

Artikel 14

Statistiken

Auf Pensionen und andere Geldleistungen ist Artikel 11 entsprechend anzuwenden.

Kapitel 4

Arbeitslosigkeit

Artikel 15

Verfahren

(1) In den Fällen der Artikel 24 und 25 des Abkommens hat die betreffende Person dem zuständigen Träger des einen Vertragsstaates eine Bescheinigung des zuständigen Trägers des anderen Vertragsstaates vorzulegen, aus der die Versicherungszeiten, die sie nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegt hat, und Zeiten, während derer sie Arbeitslosengeld vom anderen Vertragsstaat bezogen hat, hervorgehen.

(2) Legt die betreffende Person die Bescheinigung nach Absatz 1 nicht vor, so kann die Verbindungsstelle des einen Vertragsstaates die Verbindungsstelle des anderen Vertragsstaates um Ausstellung und Übermittlung einer solchen Bescheinigung ersuchen.

ABSCHNITT IV
FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

Artikel 16

Kostenerstattung

(1) Für die Durchführung des Artikels 15 und des Artikels 16 Absatz 4 des Abkommens ist der Anspruch auf Erstattung der Kosten von Sachleistungen von dem nach Artikel 14 des Abkommens in Betracht kommenden Träger nach Abschluss des Leistungsfalles oder für jedes Kalendervierteljahr geltend zu machen.

(2) Der zuständige Träger hat die Kosten nach Absatz 1 binnen zwei Monaten nach Eingang der Forderung zu erstatten.

ABSCHNITT V
SCHLUSSBESTIMMUNG

Artikel 17

In-Kraft-Treten

Diese Vereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft und ist mit dem Tag der Wirksamkeit des Abkommens anzuwenden.

GESCHEHEN zu Wien, am 29. August 2001 in zwei Urschriften, in deutscher und serbischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen der Republik Österreich:

Dr. Helmut Siedl

Für den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich:

Mag. Reinhard Ehrenreich

Für das Bundessekretariat für Arbeit, Gesundheit und soziale Wohlfahrt
der Bundesrepublik Jugoslawien:

Maksim Korac

СПОРАЗУМ
О СПРОВОЂЕЊУ СПОРАЗУМА ИЗМЕЂУ
РЕПУБЛИКЕ АУСТРИЈЕ И
САВЕЗНЕ РЕПУБЛИКЕ ЈУГОСЛАВИЈЕ
О СОЦИЈАЛНОМ ОСИГУРАЊУ

На основу члана 26. став 1. Споразума између Републике Аустрије и Савезне Републике Југославије о социјалном осигурању који је потписан 5. јуна 1998. године (у даљем тексту: Споразум) надлежни органи две државе уговорнице су се договорили о следећем:

ОДЕЉАК I
ОПШТЕ ОДРЕДБЕ

Члан 1.

Органи за везу

Органи за везу из члана 27. Споразума су:

у Републици Аустрији:

Главни савез аустријских носилаца социјалног осигурања - за здравствено осигурање, осигурање за случај несреће и пензијско осигурање и

Покрајински биро Сервиса тржишта рада за Штајерску - за новчану накнаду за случај незапослености;

у Савезној Републици Југославији:

Савезни завод за социјално осигурање - за здравствено осигурање, здравствену заштиту, материнство и пензијско и инвалидско осигурање и

Савезни завод за тржиште рада и миграције - за новчану накнаду за случај незапослености.

Члан 2.

Обавезе органа за везу

(1) Органи за везу су обавезни да извршавају задатке утврђене у Споразуму и овом споразуму. Органи за везу су дужни да, у спровођењу Споразума и овог споразума, узајамно сарађују и могу да ступају у везу са заинтересованим лицима и њиховим пуномоћницима.

(2) Органи за везу су обавезни да утврде обрасце потребне за спровођење овог споразума.

ОДЕЉАК II
ОДРЕДБЕ О ПРАВНИМ ПРОПИСИМА КОЈИ СЕ ПРИМЕЊУЈУ

Члан 3.

Примена чл. 7. и 8. Споразума

(1) У случајевима из чл. 7. и 8. Споразума надлежни носилац државе уговорнице, чији се правни прописи примењују је обавезан да, на захтев, изда потврду о примени тих правних прописа у вези са дотичним запослењем.

(2) Потврду из става 1. овог члана издаје:

у Републици Аустрији: надлежни носилац здравственог осигурања;

у Савезној Републици Југославији: надлежна филијала републичке организације за здравствено осигурање.

(3) Потврда из става 1. овог члана се може и накнадно издати.

ОДЕЉАК III
ПРИМЕНА ПОСЕБНИХ ОДРЕДАБА

Поглавље 1.

Болест и материнство

Члан 4.

Сабирање периода осигурања

(1) Ради примене члана 10. Споразума од стране носиоца једне државе уговорнице, дотично лице мора да поднесе потврду о периоду осигурања који се узима у обзир према правним прописима друге државе уговорнице.

(2) Потврду из става 1. овог члана, на захтев дотичног лица, издаје:

у Републици Аустрији: носилац здравственог осигурања;

у Савезној Републици Југославији: филијала републичке организације за здравствено осигурање;

(3) Ако дотично лице не поднесе потврду, надлежни носилац осигурања може затражити издавање и доставу потврде од носиоца осигурања из става 2. овог члана.

Члан 5.

Пружање давања у натури

(1) Ради примене члана 11. Споразума, дотично лице је обавезно да носиоцу осигурања из члана 14. Споразума поднесе потврду надлежног носиоца осигурања о праву на давање. Ако дотично лице не поднесе потврду, надлежни носилац осигурања је обавезан да, на захтев носиоца осигурања који пружа давања у натури у случајевима из члана 11. став 1. под а) и б) Споразума, накнадно изда такву потврду.

(2) Носилац осигурања из члана 14. Споразума је обавезан да изврши контролни преглед болесника као да се ради о његовом осигуранику. Надлежни носилац осигурања мора бити обавештен о резултату контроле, а посебно о пријему у болницу, очекиваној дужини боравка у болници и дану отпуштања из болнице на за то предвиђеном двојезичном обрасцу.

(3) Давања у смислу члана 11. став 2. Споразума, уколико су предвиђена правним прописима носиоца осигурања из члана 14. Споразума, су:

1. вештачки делови тела, ортопедски апарати и помагала, укључујући и тканином обложене ортопедске стезнике, допунске делове, прибор и алат;
2. ортопедска обућа са, по потреби, припадајућом неортопедском ципелом;
3. пластичне вилице, пластика за лице и перике;
4. отисци модела (израда разних делова тела) који се користе да би се предмети наведени под 1. до 3. овог става правилно уклопили;
5. вештачке очи, контактна сочива, наочари за увећавање и телескопске наочари;
6. слушни апарати;
7. зубне протезе (фиксне и које се могу vadити) и протезе за затварање усне дупље;
8. болесничка возила, инвалидска колица, као и друга механичка средства за кретање;
9. обнављање предмета наведених под 1. до 8. овог става;
10. пси за вођење слепих;
11. лечење и третман у санаторијумима, лечилиштима или опоравилиштима;
12. мере за медицинску или професионалну рехабилитацију и
13. сва остала помагала за лечење, помоћна средства и слично чија вредност прелази износ од 250 ЕУР изражен у националној валути.

(4) Ако су давања из става 3. овог члана одобрена због апсолутне хитности, носилац осигурања из члана 14. Споразума је дужан да о томе одмах обавести надлежног носиоца осигурања.

Члан 6.

Накнада у случају непоштовања предвиђеног поступка

(1) На захтев лица из члана 11. Споразума, које није могло да користи здравствену заштиту на начин предвиђен чланом 5. овог споразума, настале трошкове накнађује надлежни носилац

осигурања, према правним прописима које он примењује, највише до износа који важе за носиоца из члана 14. Споразума.

(2) Носилац осигурања из члана 14. Споразума је обавезан да надлежном носиоцу осигурања, на његов захтев, достави потребне информације на за то предвиђеном двојезичном обрасцу.

Члан 7.
Исплата новчаних давања

Надлежни носилац осигурања исплаћује новчана давања непосредно корисницима права.

Члан 8.
Давање у натура корисницима пензије

(1) Ради примене члана 13. став 2. Споразума носиоцу осигурања из члана 14. Споразума се мора поднети потврда надлежног носиоца осигурања.

Поглавље 2.
Повреда на раду и професионална болест

Члан 9.
Одобрење давања у натура

На случајеве из члана 16. став 1. Споразума аналогно се примењују чл. 5. и 6. овог споразума.

Члан 10.
Исплата новчаних давања

Надлежни носилац осигурања исплаћује новчана давања непосредно корисницима права.

Члан 11.**Статистички извештаји**

Органи за везу су обавезни да једном годишње, на основу извештаја надлежних носилаца осигурања, међусобно размене статистичке извештаје о исплаћеним износима из члана 11. Споразума.

Поглавље 3.**Старост, инвалидност и смрт (пензије)****Члан 12.****Обрада захтева за давање**

(1) Надлежни носиоци осигурања су обавезни да се без одлагања међусобно обавештавају о сваком захтеву за давање на које се примењују одредбе Одељка III поглавље 3. Споразума, а у вези са чланом 29. став 2. Споразума.

(2) Надлежни носиоци осигурања су обавезни да међусобно саопштавају и друге чињенице које су битне за утврђивање давања, укључујући и потребне лекарске налазе, оцене и мишљења.

(3) Потврда личних података унетих у двојезични образац замењује достављање оригиналних докумената.

(4) Надлежни носиоци су обавезни да се међусобно обавештавају о одлукама донетим у току поступка утврђивања давања.

Члан 13.**Исплата пензија**

Надлежни носиоци осигурања исплаћују пензије и друга новчана давања непосредно корисницима права.

Члан 14.**Статистички извештаји**

На пензије и друга новчана давања аналогно се примењује члан 11. овог споразума.

Поглавље 4.**Незапосленост****Члан 15.****Поступак**

(1) Ради примене чл. 24. и 25. Споразума, дотично лице је дужно да надлежном носиоцу осигурања једне државе уговорнице поднесе потврду надлежног носиоца осигурања друге државе уговорнице о периоду осигурања навршеног према правним прописима које он примењује, као и о периоду у коме је исплаћивана накнада за случај незапослености.

(2) Ако дотично лице не поднесе потврду из става 1. овог члана, захтев за њено издавање може поднети орган за везу, односно надлежни носилац осигурања.

ОДЕЉАК IV**ФИНАНСИЈСКА ОДРЕДБА****Члан 16.****Накнада трошкова**

(1) Накнада трошкова за давања у натури из чл. 15. и 16. став 4. Споразума врши се по завршетку давања или тромесечно, на захтев носиоца из члана 14. Споразума.

(2) Надлежни носилац је обавезан да накнади трошкове из става 1. овог члана у року од два месеца од дана пријема захтева.

ОДЕЉАК V
ЗАВРШНА ОДРЕДБА

Члан 17.
Ступање на снагу

Овај споразум ступа на снагу истовремено са Споразумом и примењиваће се од дана примене Споразума.

Сачињено у Бечу, 29. августа 2001. године, у два оригинала сваки на српском и немачком језику, при чему су оба текста аутентична.

за Савезног министра за социјалу сигурност и генерације



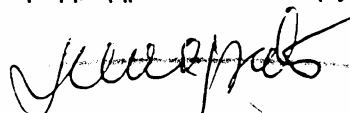
др Хелмут Зидл

за Савезног министра за привреду и рад



мр Рајнхард Еренрајх

за Савезни секретаријат за рад, здравство и социјалну политику



Максим Кораћ

Die Vereinbarung tritt gemäß ihrem Art. 17 mit 1. Mai 2002 in Kraft.

Schlüssel